

Gesundheitsstandort Bern

Thesen und Forderungen

Bern, im November 2017

Der Gesundheitsstandort Bern hat grosses Potenzial ...

Der Kanton Bern hat mit den beiden renommierten Universitätsspitalern, einer grossen Anzahl an führenden Medizintechnik- und Pharmaunternehmen, einer hohen Dichte an Spitälern, Pflegeangeboten sowie Dienstleistungen für Angehörige die einmalige Chance, sich national und international als einer der führenden Gesundheitsstandorte zu positionieren.

- Im Kanton Bern arbeiten rund 12.7 Prozent aller Beschäftigten in der Gesundheitsbranche (79'054 Personen im Jahr 2013).¹ Alleine in der Pflege sind 14'500 Personen in 320 Betreuungsinstitutionen tätig und nochmals 6'500 Personen in Spitex-Organisationen.
- Rund 280 Medizintechnikunternehmen sind im Kanton Bern angesiedelt. In der zukunftsträchtigen Branche hat die Zahl der Beschäftigten in den vergangenen Jahren um 20 Prozent auf gut 7'000 Personen zugenommen.²
- Der Kanton Bern beheimatet bedeutende Pharma- und Biotechunternehmen wie CSL Behring, Crucell, Galenica, GlaxoSmithKline und Kimberly-Clark. Auch innovative Startup-Initiativen wie GENILEM Espace Mittelland und Entrepreneurship Center des Instituts für Marketing und Unternehmensführung sind am Standort Bern angesiedelt.
- Mit dem somatischen Universitätsspital Insel hat der Kanton Bern ein medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Darüber hinaus beheimatet er zahlreiche medizinische Einrichtungen wie Privatkliniken, Regionalspitäler, Rehabilitationszentren und Labors.
- Die Universität Bern und die Berner Fachhochschule bieten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Medizininformatik, Medizintechnik und MSc Biomedical Engineering für hochqualifizierten Nachwuchs. An ihren Instituten wird Forschung auf Spitzenniveau betrieben – so gehört beispielsweise das zmk bern (Zahnmedizinische Kliniken) zu den Top 20 weltweit.
- Mit der sitem-insel AG (Swiss Institute for Translational and Entrepreneurial Medicine) entsteht in Bern ein hochkarätiges Zentrum für Translationale Medizin und Unternehmertum, welches neue Erkenntnisse und Produkte aus industrieller Entwicklung und Grundlagenforschung in die klinische Anwendung überträgt.

... aber auch deutlichen Handlungsbedarf!

Der Kanton Bern braucht eine zukunftsorientierte und nachhaltige Gesundheitspolitik, damit er sein Potenzial ausschöpfen und sich als führender Gesundheitsstandort behaupten kann. Dazu braucht es die Zusammenarbeit von privaten, halbprivaten und öffentlichen Körperschaften sowie direktionsübergreifende Kooperationen.

Die Projektgruppe „Gesundheitsstandort“ von Fokus Bern, bestehend aus Gesundheitsexperten und Berner Unternehmern, setzt sich mit der Frage einer wirksamen und fokussierten Gesundheitspolitik für den Kanton auseinander. Dabei steht nicht das aktuelle Tagesgeschäft im Vordergrund; vielmehr sollen Optimierungspotenziale identifiziert und die Gesundheitspolitik in einem ganzheitlichen Ansatz dynamisiert werden.

¹ Beco Bern (2013): Beschäftigte und Vollzeitäquivalente nach Wirtschaftsabteilungen und Geschlecht.

² Standortförderung Kanton Bern (2013): Broschüre Cluster Medizintechnik.

Vision Gesundheitsversorgung – Integrierte Versorgung für den Kanton Bern

Im Kanton Bern hat es ausreichend Versorgungskapazitäten. Die Angebote der verschiedenen Anbieter sind jedoch ungenügend koordiniert, vorhandene Synergien werden zu wenig ausgeschöpft und die integrierte Versorgung wird unzureichend gefördert. Der Kanton Bern verfügt zudem über gute Teilstrategien in verschiedenen Bereichen. In der Gesamtvision bestehen jedoch Lücken; vor allem in der Abstimmung der verschiedenen Disziplinen und Angebote.

Der Kanton Bern braucht eine integrierte Versorgung. An ihrer Umsetzung wird sich die Zukunft der Gesundheitsversorgung messen. Das hier vorhandene Potential hat einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgungsqualität und soll die Gesundheitskosten senken, was auch den Prämienzahlern zu Gute kommen wird. Aus diesem Grund ist Fokus Bern überzeugt, dass sich Investitionen in diesem Bereich lohnen. Sie sind zentral für die Weiterentwicklung und die Innovationsfähigkeit des Gesundheitsstandort Bern.

Um die integrierte Versorgung voranzubringen, braucht es eine für alle Akteure und die Bevölkerung überzeugende und nachvollziehbare Versorgungsvision.

Forderungen

1. Der Kanton soll eine „Vision Gesundheitsversorgung“ erarbeiten, in welcher die einzelnen Aufgaben und Leistungen definiert und aufeinander abgestimmt werden.
2. Die integrierte Versorgung ist zentraler Teil dieser Vision.
3. Die Akteure im System Gesundheitsversorgung verpflichten sich, die Vision des Kantons in ihren Strategien umzusetzen.

Integrierte Versorgung und Vernetzung ermöglichen und fördern³

Damit das Potenzial des Gesundheitsstandorts Bern ausgeschöpft werden kann, müssen die verschiedenen Akteure enger zusammenarbeiten. Dies gilt für die Grundversorger, die Spitälern, die Forschung und die Pflege sowie den Austausch zwischen Industrie, Forschung und Entwicklung, Ausbildungsinstitutionen, medizinischer Anwendung, Verbänden und Regulierungsbehörden.

Gesellschaftlich bedingte Herausforderungen wie die stark zunehmenden Demenzzahlen verdeutlichen die Notwendigkeit, stärker entlang der krankheitsspezifischen Versorgungskette zu agieren. Integrierte Versorgung bedeutet, angebots- und disziplinenübergreifend zu denken. Um der integrierten Versorgung zum Durchbruch zu verhelfen, müssen die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Versorgungsangeboten sichergestellt werden. Hierzu braucht es neue Modelle der Zusammenarbeit. Neben dem Gärtchen-Denken vieler Leistungserbringer und Regulierungsbehörden stellt die Finanzierung der Schnittstellen-Projekte eine grosse Herausforderung dar.

Der Kanton Bern ist von einer integrierten Versorgung noch weit entfernt, aber es bestehen durchaus gute Kooperationsprojekte, die den Weg dorthin aufzeigen können: Ein erfolgreiches Beispiel ist die Übergangspflege am Domicil Wyler, ein Kooperationsprojekt der Siloah AG und Domicil Bern im Bereich der Übergangspflege. Das MediZentrum Schüpfen, welches ein neues Arztpraxen-Modell aufzeigt und besonders für die Sicherung der ambulanten Versorgung in den ländlichen Gebieten sehr interessant und zukunftsweisend ist. Die in Bern entwickelte Online-Patientenanmeldung für Spitex-Dienstleistungen (OPAN) verbindet Spitäler, Spitex und Heime effizient und wird mittlerweile schweizweit eingesetzt. Im Bereich der Spitzenmedizin ist das Neurozentrum der Insel ein wegweisendes Beispiel, welches die gesamte Versorgungskette vom Notfall bis zur Rehabilitation abdeckt und zukunftsweisende Kooperationen wie die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der UPD (Universitäre Psychiatrische Dienste Bern), die Zusammenarbeit mit dem Spital Riggisberg bei der Rehabilitation

³ Fokus Bern hat mehrere Interviews mit Berner Anbietern zum Thema der integrierten Versorgung durchgeführt. Ziel war, die Sicht der Praxis abzuholen und konkrete Beispiele kennenzulernen. Weitere Informationen, Aussagen und Forderungen können in der erweiterten Dokumentation nachgelesen werden (siehe www.fokus-bern.ch → Gesundheitsstandort Bern).

und beim Stroke Center die Kooperation mit dem Hôpital Neuchâtelois und weiteren Spitälern umfasst. Im Alltag zeigen sich die Win-Win-Effekte der Zusammenarbeit zwischen Insel und UPD bei der Interdisziplinären Memory Clinic Bern, der Bewachungsstation (Justizvollzug) und der Triage in der Notfallaufnahme. Die sitem-Insel AG wiederum ist ein gutes Beispiel, wie die Schnittstellen zwischen Versorgern, Forschung und Industrie optimiert werden können. Weitere Projekte wie die Wiedereinführung der Mobilien Palliativen Dienste (MPD), das Wiederbeleben der Spitex-Expressdienste, eine Zusammenarbeit zwischen Domicil Bern und Spitex sowie zahlreiche potente Projekte im Bereich E-Health und beim Wissensmanagement (z.B. Siloah und Insel in der Geriatrie) sind aufgesetzt.

Forderungen

1. Der Kanton Bern muss die integrierte Versorgung anstreben und die Vernetzung der Akteure stärker vorantreiben.
2. Der Kanton Bern soll neue Modelle und innovative Projekte zur integrativen Versorgung ermöglichen und unterstützen. Dies umfasst neben den rechtlichen Grundlagen auch finanzielle Mittel; insbesondere im Bereich der Schnittstellen.
3. Bei der Finanzierung braucht es mehr Flexibilität beim Kanton, bei den Versicherern und den Leistungserbringern. Es braucht die Bereitschaft, hinderliche Vorgaben für Pilotprojekte aufzubrechen. Dies bedeutet nicht zwingend, dass mehr gezahlt werden muss, sondern gegebenenfalls die Mittel anders einsetzen.
4. Die Leistungserbringer müssen bereit sein, sich zu vernetzen und stärker zusammenzuarbeiten. Sie sind in der Pflicht, ihren Beitrag zur Verbesserung der Versorgungsqualität und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu leisten.
5. Die angewandte Forschung ist voranzubringen, indem Leistungserbringer, Industrie und Dienstleister sich zum gegenseitigen Austausch verpflichten.
6. Die Stellung der sitem-insel AG als nationales Zentrum für translationale Medizin und Unternehmergeist ist zu stärken.
7. Bestehende Austausch- und Koordinationsplattformen wie die Plattform Gesundheit des Vereins Hauptstadtregion Schweiz sind zu fördern.
8. Die Zusammenarbeit im Bereich der Bildung muss gestärkt werden. Ausbildungsgänge im Gesundheitsbereich sind im Umfeld der bedeutenden Leistungserbringer zu konzentrieren und nicht nach regionalpolitischen Gesichtspunkten zu verteilen.
9. Der Kanton Bern soll sich auf nationaler Ebene im Rahmen der Gesundheitsdirektorenkonferenz und der Zusammenarbeit mit dem BAG dafür einsetzen, dass Pilotprojekte zur integrierten Versorgung auch seitens des Bundes unterstützt werden, ähnlich wie in nationalen Strategien (z.B. Demenz und Noso).

Vorgabendichte des Kantons reduzieren⁴

Das Gesundheitswesen zeichnet sich generell durch eine relativ hohe Vorgabendichte aus – da stellt der Kanton Bern keine Ausnahme dar. Um die Versorgung sicherzustellen, braucht es gewisse Vorgaben von Seiten des Kantons. Gleichzeitig braucht es aber auch Raum für Innovation. Neue Kooperationsprojekte und integrierte Versorgungsmodelle können in einem zu engen oder ungeeigneten Regulierungsrahmen nur schwerlich gedeihen.

Innovation muss von den Leistungsanbietern kommen, welche die Bedürfnisse der Leistungsnehmer aus erster Hand kennen. Der Kanton soll dafür besorgt sein, diese Bemühungen mittels gezielter Deregulierung und Optimierung der Rahmenbedingungen zu unterstützen. Intervenieren soll der Kanton nur dort, wo sich die Leistungserbringer nicht einigen können oder die Versorgung gefährdet ist.

Am Beispiel der Pflege wird die Problematik im Folgenden exemplarisch illustriert: Im Langzeitbereich werden beispielsweise die Anzahl Betten, die Grösse und Ausstattung der Zimmer und selbst die Preise vorgegeben.

⁴ Fokus Bern hat mehrere Interviews mit Berner Anbietern zum Thema Vorgabedichte durchgeführt. Ziel war, die Sicht der Praxis abzuholen und konkrete Beispiele kennenzulernen. Weitere Informationen, Aussagen und Forderungen können in der erweiterten Dokumentation nachgelesen werden (siehe www.fokus-bern.ch/gesundheitsstandort).

Dadurch wird der Spielraum und somit der Wettbewerb unter den Anbietern stark beeinträchtigt. Beim Bau von neuen Heimen stossen die Anbieter an Grenzen – trotz steigender Nachfrage. Domicil Bern hat beispielsweise grosses Interesse daran, neue Standorte aufzubauen. Es gibt jedoch keine Pflegeheimlistenplätze mehr, da diese kontingentiert sind. Dies ist nicht marktkonform und auch mit Blick auf den zunehmenden Bedarf wäre eine Diskussion zur Aufhebung der Kontingente angezeigt. Aus Sicht der Spitex Bern ist die Diskrepanz zwischen der Vorgabendichte und der Finanzierung ein Hauptproblem. Beispielsweise sind die Anforderungen an die Ausbildung und Fähigkeiten des Pflegepersonals gestiegen, der Grundtarif des Bundes ist jedoch seit fünf Jahren gleichgeblieben. Als Non-Profit-Organisation mit Leistungsauftrag der Stadt Bern ist der unternehmerische Spielraum der Spitex massiv eingeschränkt. Sie kann keine individuellen Pflege-Packages anbieten, die frei Zusatzleistungen umfassen, die vom Kunden direkt an die Spitex vergütet werden. Da sie keine Gewinne erwirtschaften darf, fehlen zudem Gelder für Investitionen in innovative Projekte, z.B. im Bereich E-Health. Die Diskrepanz zwischen Vorgabedichte und Finanzierung, gepaart mit der fehlenden unternehmerischen Freiheit beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit und erschwert Innovation massiv.

Forderungen

1. Kantonale Vorgaben sind nur soweit zu formulieren, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sichergestellt ist. Daneben soll die unternehmerische Freiheit gewahrt werden.
2. Die kantonalen Vorgaben sind so zu halten, dass marktwirtschaftliche Elemente, Innovation und Flexibilität gefördert werden.
3. Beim Regulator braucht es mehr Bewusstsein, dass jede Vorgabe auch ein Preisschild hat. Bei der Revision von Regularien braucht es neben der Analyse, welche Vorgaben notwendig und sinnvoll sind, auch eine Kosten-Analyse. Die Politik soll auch finanziell Verantwortung für Ihre Beschlüsse übernehmen.

Rahmenbedingungen für Unternehmen im Gesundheitsbereich verbessern

Die Medizintechnik hat im Kanton Bern eine grosse Tradition und hohes Zukunftspotenzial. Sie ist ein wichtiger Bereich der Berner Präzisionsindustrie. Die Pharma-Branche hat in den letzten Jahren in Bern an Bedeutung eingebüsst. Gleichwohl beherbergt der Kanton nach wie vor einige der bedeutenden Pharma-Unternehmen in der Schweiz, wie CSL Behring, Galenica oder Glaxo Smith Kline. Einer weiteren Ausdünnung des Pharma-Standorts Bern mit seiner hohen Wertschöpfung ist entgegenzuwirken.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass der Standort Bern für die Ansiedlung und das Halten dieser zukunftsträchtigen Branchen attraktiver und deutlich vereinfacht wird.

Die Standortfaktoren sollen am Beispiel der CSL Behring in Lengnau exemplarisch aufgezeigt werden: Ein Hauptfaktor beim Standortentscheid ist die praktische Realisierbarkeit des Projekts; worunter die Anwesenheit von branchenspezifischen Lieferanten, die Cluster-Infrastruktur, die Verfügbarkeit von Fachkräften und der Ausbildungsstand, die Baumöglichkeiten sowie die Logistik und Infrastruktur-Faktoren fallen. Auch die regulatorischen Vorgaben und die politischen Rahmenbedingungen (insbesondere Stabilität) spielen eine Rolle. Schlussendlich kommen beim konkreten Projekt zusätzlich Regierungs- und Investitionsunterstützungen hinzu. Die Analyse von CSL Behring zeigt ein durchmisches Bild für den Kanton Bern. Bei den Faktoren Lieferanten, Verfügbarkeit von Fachkräften, Infrastruktur und Logistik, Lebensqualität (Expatriat-Attraktivität) sowie politische Rahmenbedingungen erzielt Bern gute Werte. Auch die für Medtechs wichtigen Zulassungsprozesse sind sehr gut. Keine guten Noten erhält Bern bei den Vorschriften und Regulierungen, die vor allem im Vergleich zu anderen Ländern massiv höher sind. Das schlechte Resultat konnte teilweise durch bisherige Erfahrungen gedämpft werden, dass die Behörden in der Schweiz bei der Umsetzung und Anwendung der Vorgaben vergleichsweise pragmatisch sind. Nicht vorne mitspielen konnte Bern auch bei den zusätzlichen Anreizen wie Investitions- und Regierungsunterstützung. Die deutlich tieferen Anreize werden zudem oft an so viele Vorgaben geknüpft, dass besser darauf verzichtet wird. Und schlussendlich sind die steuerlichen Bedingungen im internationalen Vergleich nicht optimal. Das Projekt sitem insel AG hat gezeigt, wie entscheidend auch die Unterstützung und pragmatische Zusammenarbeit mit den Genehmigungsbehörden und der Verwaltung ist.⁵

⁵ Fokus Bern Interview mit Uwe Jocham (Juli 2017, ehem. CEO CLS Behring).

Forderungen

1. Die wiederentdeckte Dynamik und Clusterpolitik im Medtech-Bereich und in der weiteren Präzisionsindustrie ist zu stärken.
2. Die vergleichsweise sehr hohe Regulierungsdichte und Bürokratie ist gezielt abzubauen; eine Zunahme ist zwingend zu verhindern. Die pragmatische Anwendung der Behörden, die Vertrauen bei den Firmen schafft, ist weiterzuführen.
3. Die Auflagen für die Neuansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen während der Planungs- und Bauphase sind auf das Wesentliche zu beschränken und die Abläufe zu beschleunigen.
4. Die Umwandlung und Nutzung von Gewerbearealen für zukunftssträchtige Branchen wie MedTech und Pharma ist zu fördern. In den grösseren Städten Bern, Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal sind zusammenhängende, gut erschlossene und rasch verfügbare Industrie- und Gewerbeareale auszuweisen.
5. Es ist zu prüfen, ob bei nicht kritischen Projekten unbegründete Einzeleinsprachen auf zwei anstatt vier Instanzen begrenzt werden kann. Der Kanton Bern soll die Debatte um zweckmässige Einsprachemöglichkeiten anstossen. Realisierbarkeit und Planungssicherheit ist für Unternehmen entscheidend.
6. An der Stossrichtung der im Jahr 2016 verabschiedeten Finanzstrategie der Regierung ist festzuhalten. Wenn der Kanton Bern wettbewerbsfähig bleiben will, ist der Gewinnsteuersatz für Unternehmen zu senken. Auf lange Sicht ist eine schrittweise Senkung auf 12 Prozent anzustreben. Eine rasche Senkung bis ins Mittelfeld im kantonalen Vergleich (16 Prozent) ist das notwendige Minimum.
7. Die vergleichsweise dürftigen zusätzlichen finanziellen Anreize und insbesondere deren Koppelung an diverse Auflagen sind zu prüfen. Fehlende Unterstützungen sind durch geeignete Soft-Faktoren zu kompensieren. Der Kanton Bern ist zudem gefordert, diejenigen Soft-Faktoren, bei denen er sehr gut abschneidet, besser zu vermarkten.

Universitätsspital stärken

Das somatische Universitätsspital Inselspital ist nicht nur ein medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung, sondern auch einer der bedeutendsten Einzelarbeitgeber im Kanton Bern. Mit der Annahme des Masterplans Inselspital wurde die Grundlage geschaffen für dessen Weiterentwicklung. Trotzdem droht das Inselspital je länger je mehr seine Stellung in der Spitzengruppe der Schweizer Spitäler einzubüssen – vor allem in der Forschung und der Spitzenmedizin. Während andere Universitätsspitäler klare Profile entwickeln und die Vernetzung und Kooperation mit anderen nationalen und internationalen Universitätskliniken vorantreiben, droht das Profil des Inselspitals durch den Schwerpunkt bei der Grundversorgung zu verwässern. Zudem scheinen heute zu wenige interkantonale und internationale Kooperationen zu bestehen, um in der stark umkämpften Spitzenmedizin langfristig zu bestehen.

Auch das psychiatrische Universitätsspital Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (UPD) steht vor neuen Herausforderungen. Als selbständige AG muss sie sich auf dem Markt behaupten und positionieren. Deshalb ist die Zusammenarbeit von Somatik und Psychiatrie, bei der grosses Potential für die Forschung wie auch für den Markt vorhanden ist, zu stärken.

Forderungen

1. Die Universitätskliniken sind als Zentrum der medizinischen Forschung zu stärken und zu unterstützen. Das heutige hohe Niveau gilt es zu halten und zu verbessern; bei der Insel etwa in der Herzmedizin und der Neurochirurgie.
2. Neue Angebotsschwerpunkte sind international zu vernetzen (bspw. Onkologie). Kooperationen und Zusammenarbeiten über die Kantons- und Landesgrenze hinweg sind zu unterstützen.
3. Die Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern sollte künftig auf die Stellung und die strategischen Schwerpunkte der Universitätskliniken ausgerichtet sein.
4. Das Bewusstsein für die volkswirtschaftliche und wissenschaftliche Bedeutung der Universitätskliniken für den Kanton Bern ist zu fördern. Der Kanton Bern darf deutlich stolzer sein auf seine Spitzeneinrichtungen; gegenüber aussen und innen.

Geriatric-Angebot stärken

Die demografische Entwicklung ist seit Jahren bekannt; die Anzahl älterer Menschen wird weiter stark zunehmen und deren Lebenserwartung steigt. Die Alterung der Bevölkerung bringt spezifische Herausforderungen für das Gesundheitssystem mit sich.⁶

Im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen verfügt der Kanton Bern über eine relativ moderne Alterspolitik. Die Berner Spitäler haben in den vergangenen Jahren in der Altersmedizin stark ausgebaut – in den regionalen Spitalzentren wurden geriatrische Abteilungen geschaffen und das Zentrum für Altersmedizin des Siloah und die alterspsychiatrischen Einheiten der UPD, des Psychiatriezentrums Münsingen (PZM), der Privatklinik Meiringen und der RSZ leisten einen grossen Anteil zur Versorgung.

Trotzdem ist man im Kanton Bern nicht ausreichend gerüstet. Denn in der Altersmedizin ist die integrative Versorgung besonders wichtig (siehe vorangehendes Kapitel integrierte Versorgung). Es braucht eine Vision für eine integrale Altersmedizin und die Spitäler, Pflegeheime, Spitex und Arztpraxen sind gefordert, noch stärker zusammenzuarbeiten. Das Zusammenspiel zwischen Akutbereich und Pflege ist entscheidend für die Versorgung des Patienten.

In der Langzeitpflege stellt die Finanzierung ein Hauptproblem dar. Heute ist beispielsweise nicht klar definiert, was Betreuung ist und wie sie finanziert wird. Vor allem die Spitex verlangt deshalb eine klare Definition, welche Dienste vom KVG vergolten werden und was individuelle Sonderleistungen sind, die privat bezahlt werden müssen. Eine weitere Unsicherheit besteht bei den künftigen Betriebsbewilligungsstandards für Heime, die auf Verordnungsstufe geregelt werden und deren Revision derzeit ungewiss ist. Diese Unsicherheiten tangieren die unternehmerische Planung und hemmen die Innovation.

Forderungen

1. Der Kanton Bern soll eine Vision für eine integrierte Altersmedizin entwickeln und die Vernetzung der Akteure aktiver vorantreiben.
2. Der Kanton soll die Entstehung eines Zentrums für Altersmedizin prüfen, mit dem Ziel die Zusammenarbeit und Kooperation sicherzustellen.
3. Regionale Versorgungsstrukturen unter Mitwirkung aller Leistungserbringer sind zu realisieren. Dazu braucht es eine Abstimmung und Koordination der Listenspitäler untereinander sowie mit den externen Anbietern.
4. Der Kanton Bern muss im Rahmen seiner Möglichkeiten auf regulatorischer Ebene Sicherheit für die Anbieter der Pflegeleistungen schaffen. Insbesondere ist zu definieren, was Betreuung ist bzw. welche Leistungen vergolten werden (KVG) und welche privat zu zahlen sind. Im Bereich der Heime braucht es möglichst rasch eine Klärung der Bewilligungsstandards.

Mangel an Ärzten und Fachpersonen entgegenwirken⁷

Der Mangel an medizinischen Fachkräften ist in den Spitälern, in der ambulanten Versorgung, im Langzeitbereich wie auch bei den Pharma- und MedTech-Unternehmen spürbar. Der Fachkräfte-Wettbewerb akzentuiert sich sowohl international als auch innerhalb der Schweiz. Der medizinische Fachkräftemangel ist insbesondere auf eidgenössischer Ebene anzugehen. Der Kanton Bern soll jedoch weiterhin seinen Teil im Kampf gegen den Fachkräftemangel beitragen.

⁶ Zahlen und Fakten zum Geriatric-Angebot können im Faktenblatt „Akutgeriatrie Bern“ in der erweiterten Dokumentation nachgelesen werden (siehe www.fokus-bern.ch/gesundheitsstandort).

⁷ Zahlen und Fakten zum Mangel an Ärzten können im Faktenblatt „Fachkräftemangel Bern“ in der erweiterten Dokumentation nachgelesen werden (siehe www.fokus-bern.ch/gesundheitsstandort).

Ab 2018 werden im Kanton Bern rund 100 zusätzliche Medizinstudienplätze angeboten. Im Juni 2017 hat der Grosse Rat zudem eine Motion verabschiedet, die darauf abzielt, dass die zusätzlichen Studienplätze sich zu Gunsten künftiger Hausärztinnen und Hausärzte auswirken – denn vor allem in den weitläufigen ländlichen Regionen des Kantons ist die Sicherung der ambulanten Grundversorgung ein zunehmendes Problem. Zudem will der Kanton Bern die Pflegeberufe stärken und weiterentwickeln.

Bei der Weiterbildung sind der Kanton und alle Leistungserbringer stärker in die Pflicht zu nehmen. Im interkantonalen Vergleich stellt der Kanton unterdurchschnittliche Mittel für die Weiterbildung in den medizinischen Berufen zur Verfügung. Diese Entwicklung ist im Wettbewerb um die besten Fachkräfte und für die Qualität der Versorgung wenig hilfreich. Deshalb ist es wichtig, dass die von der GDK erarbeitete Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung vom Kanton Bern ratifiziert wird.

Forderungen

1. Der Kanton soll im Rahmen der geforderten „Vision Gesundheitsversorgung“ Wege aufzeigen, wie er dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen begegnen will – insbesondere im Bereich der Grundversorgung in den ländlichen Regionen (Hausärzte und Psychiater).
2. Die Bildungsinstitutionen und Leistungsanbieter sind gefordert, sich besser abzustimmen, um die zukünftigen Arbeitskräfte besser auf ihre Aufgabe und die Bedürfnisse der Gesundheitsdienstleister vorzubereiten.
3. Der Kanton Bern ratifiziert die „Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen“.
4. Der Kanton Bern bringt sich auf nationaler Ebene aktiv zugunsten einer wirtschaftsfreundlichen, flexiblen Regelung bei Arbeitsbewilligungen und Drittstaatenkontingenten ein. Er behandelt entsprechende Gesuche der Unternehmen möglichst rasch und unbürokratisch.

E-Health – Digitalisierung fördern

Mit der Digitalisierung eröffnen sich neue Chancen im Gesundheitswesen – beispielsweise durch die Einführung von E-Health Lösungen wie dem elektronischen Patientendossier oder durch die bessere Koordination von integrierten Versorgungsstrukturen (z.B. Case-Management in Verbindung mit digitalen Services). Gleichzeitig wird die gesamte Gesundheitsversorgung durch den Einsatz von Robotern und digitalen Hilfsmitteln, künstlicher Intelligenz sowie der Prozessautomatisierung grundlegende Veränderungen erfahren. Es gilt, diese Entwicklung aktiv zu fördern und sinnvolle Kooperationen mit der Wirtschaft, den Kantonen und Ländern der WHO sicherzustellen.

Die Gesundheitsdirektionen der Kantone Bern und Zürich haben im Herbst 2017 den Aufbau einer gemeinsamen überregionalen E-Health-Plattform beschlossen, die von einem Trägerverein der Leistungserbringer mitgetragen werden soll. Damit entsteht die grösste E-Health-Plattform der Schweiz.

Die im europäischen Gesundheitsraum und darüber hinaus einsetzende Marktdynamik wird nicht spurlos am Gesundheitsstandort Bern vorbeigehen. In wenigen Jahren wird sich zeigen, ob sich grenzüberschreitende telemedizinische Gesundheitsdienstleistungen zu einem Exportgeschäft für die Schweiz entwickeln.

Forderungen

1. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen ist aktiv zu fördern, entsprechende Rahmenbedingungen sind zu definieren und Kooperationen mit Privaten zu stärken.
2. Kantonsübergreifende und internationale Kooperationen sind anzustreben und zu stärken. Die notwendigen Mittel sind, wie beim Projekt der überregionalen E-Health-Plattform, zur Verfügung zu stellen.
3. E-Health-Sonderlösungen von Berner Leistungserbringern zu vermeiden. Die Kooperationsfähigkeit und Durchlässigkeit ist sicher zu stellen (technische und organisatorische Schnittstellen).